

de



Europäische Union
Regionalpolitik

info regio

| Nr. 28 | Dezember 2008 |

panorama



**Das Grünbuch über
die territoriale Kohäsion,
die Zukunft vor Augen**

Inhalt

Das Grünbuch über die territoriale Kohäsion, die Zukunft vor Augen

Aus territorialer Vielfalt eine Stärke machen – das Grünbuch über die territoriale Kohäsion

Welche Fragen werden in Zusammenhang mit der Zukunft der Kohäsionspolitik in Europa gestellt? Panorama stellt das Grünbuch vor und beleuchtet einige Schlüsselaspekte.

Das Grünbuch aus verschiedenen Blickwinkeln

In fünf Interviews wird die Sichtweise beteiligter Akteure zum Grünbuch, seinem Anwendungsbereich und seinen Zielen vorgestellt.

Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit – die Ziele des Grünbuchs voranbringen

Das neue Instrument der Kommission soll Regionen helfen, unter dem Dach einer gemeinsamen Rechtspersönlichkeit zusammenzufinden, Bürokratie abzubauen und Hindernisse für eine Zusammenarbeit zu beseitigen.

Bericht: Die Pariser Konferenz zum Thema territoriale Kohäsion und Zukunft der Kohäsionspolitik

Panorama reist nach Paris, um an einer zweitägigen Konferenz teilzunehmen, über die wichtigsten Botschaften dieser Konferenz zu berichten und einen Überblick über die Meinungen und Fragen zu bieten, die die Debatte voranbringen sollen.

Termine

REGIO & Netzwerke

Online

Fotos (Seiten): Europäische Kommission (3, 4, 5, 7, 9, 11, 12, 14, 15, 16, 17),
EPA PHOTO / CTK / MILAN KOSECEAR (6), EPA PHOTO / ATTILA KISBENEDEK (8).

Deckblatt: Windgenerator in Blyth, Vereinigtes Königreich.
Foto: Europäische Kommission.

Herausgeber: Raphaël Goulet, Europäische Kommission, GD Regionalpolitik.

Unter Mitarbeit von: Tipik S.A.

Diese Zeitschrift wird in Deutsch, Englisch und Französisch auf Recyclingpapier gedruckt
und liegt unter folgender Adresse in 22 Amtssprachen der Europäischen Union vor:
http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm

Die Beiträge in dieser Veröffentlichung geben die Ansichten der Verfasser
und nicht notwendigerweise die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

4



8



12



13



18

19

20

Kurz gesagt

Territoriale Kohäsion – aus Vielfalt eine Stärke machen

Das aktuelle Grünbuch der Europäischen Kommission über die territoriale Kohäsion hat eine Debatte zu Themen aufgeworfen, die für die Funktionsweise der EU von grundlegender Bedeutung sind. Das Grünbuch hat bei weitem nicht nur Auswirkungen auf die Kohäsionspolitik, sondern es beschäftigt sich auch mit ganz anderen Fragen: Welche Form soll die territoriale Zusammenarbeit annehmen? Welche Möglichkeiten bieten die Regionen ihren Bürgern? Welche territorialen Auswirkungen haben politische Maßnahmen auf sektoraler Ebene? Und welcher Zusammenhang besteht zwischen Zusammenarbeit und Wettbewerbsfähigkeit? Die Lebensgewohnheiten ändern sich, und wir stehen plötzlich Herausforderungen gegenüber, die wir zuvor noch für undenkbar hielten. Auf allen Ebenen müssen die Regierungen in Europa darauf reagieren. Aber wie?



Angesichts einer solch ergiebigen Debatte, bei der eine Vielzahl von Themen angesprochen werden, wird sich diese Ausgabe von Panorama ausschließlich mit dem Grünbuch beschäftigen. Wir werfen einen Blick auf das Grünbuch selbst, berichten über die zweitägige Auftaktkonferenz in Paris, interviewen fünf Experten, die sich auf verschiedenen Ebenen direkt mit der Regionalpolitik befassen, um mehr über ihre Hoffnungen und Befürchtungen zu erfahren, und stellen das neue Instrument der EU, den Europäischen Verbund der Territorialen Zusammenarbeit (EVTZ), vor, das dazu dienen soll, die regionale grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu erleichtern.

Die territoriale Dimension hat von Anfang an im Mittelpunkt der Kohäsionspolitik gestanden. Sie kommt durch das System der Förderfähigkeit, das System zur Verteilung der finanziellen Mittel und die Organisation der Programmplanung zum Ausdruck. Aber nicht wenige sind der Ansicht, dass die Art und Weise, wie die öffentliche Politik die territorialen Bedürfnisse angeht, verbessert werden muss, auch wenn es derzeit noch keine Vereinbarung darüber gibt, wie dies geschehen soll. Das Europäische Parlament, das informelle Treffen der für Stadtentwicklung und territoriale Kohäsion zuständigen Minister 2007 in Leipzig sowie zahlreiche Verbände, die bestimmte Gebietstypen vertreten, haben in diesem Zusammenhang die Kommission aufgefordert, ein Dokument zum Thema territoriale Kohäsion vorzulegen. Unsere Antwort darauf ist das Grünbuch.

Durch die Einleitung der Debatte hofft die Kommission, ein gemeinsames Verständnis von territorialer Kohäsion zu erlangen und gemeinsame europäische Lösungen zu finden.

Ich möchte Sie einladen, dieses Panorama-Magazin zu lesen und die Inforegio-Internetseite, die sich mit dem Grünbuch beschäftigt, zu besuchen.

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/index_de.htm

Nehmen Sie an der Debatte teil und sagen Sie Ihre Meinung!

Danuta Hübner
Für Regionalpolitik zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission

Aus territorialer Vielfalt eine Stärke machen – das Grünbuch über die territoriale Kohäsion

Dichte, Entfernung und Teilung: drei Faktoren, die dem Weltbankbericht 2009 zufolge möglicherweise Auswirkungen auf den Rhythmus der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung haben. In ihrem Grünbuch über die territoriale Kohäsion nennt die Europäische Kommission drei Fronten, an denen diese Herausforderungen angegangen werden können: Berücksichtigung von Regionen mit besonderen geografischen Merkmalen, Diskussion über das Konzept der territorialen Kohäsion bei der Programmplanung der verschiedenen EU-Politikbereiche und Einleitung einer Debatte zum Thema Kohäsion.

2006 nahm der Rat die Strategischen Leitlinien der Gemeinschaft an, in denen es heißt, dass „die Förderung der territorialen Kohäsion Teil der Bemühungen ausmachen sollte, durch die sichergestellt werden, dass ganz Europa die Möglichkeit geboten wird, zur Agenda für Wachstum und Arbeit beizutragen“. Die strategischen Leitlinien für die Entwicklung des ländlichen Raums betonen ebenfalls den Beitrag verbundener Programme zur territorialen Kohäsion.

Die Notwendigkeit, die Zusammenarbeit, den Dialog und die Partnerschaft zwischen den verschiedenen Regierungsebenen, Organisationen und Akteuren, die politische Maßnahmen vor Ort umsetzen, zu fördern, wird immer mehr anerkannt.

Angesichts dieser durch die jüngste Erweiterung hervorgerufenen Fragen und Veränderungen, der Notwendigkeit, die Kräfte zu bündeln, um die Herausforderungen einer globalen Wirtschaft anzugehen, und der Pflicht, auf ein nachhaltigeres Wachstum hinzuarbeiten, hat die Kommission dieses Grünbuch veröffentlicht und die diesbezügliche Konsultationsphase eingeleitet. Aber was steht wirklich zur Debatte?

Konzentration – Anbindung – Zusammenarbeit: Antworten auf die Herausforderungen

Konzentration

Die EU weist mit ihren etwa 5 000 Städten und knapp 1 000 Großstädten, die über ganz Europa verteilt sind, ein ungewöhnliches Siedlungsmuster auf. Obwohl das städtische Netzwerk relativ dicht ist, leben nur 7 % der Bevölkerung in Städten mit über fünf Millionen Einwohnern, in den USA dagegen 25 %.

Im globalen Vergleich sind die Städte in der EU kleiner, was Auswirkungen auf die Produktivität hat. Die EU zeichnet sich durch eine räumliche Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten aus, die geringer ist als in anderen entwickelten Regionen der Welt – wodurch eine gewisse europäische Lebensweise widerspiegelt wird, die nachhaltige Entwicklung, den Schutz der natürlichen Ressourcen und kulturelle Traditionen in den Vordergrund stellt. All dies bedeutet, dass städtisches Leben zwar verbreitet, aber nicht konzentriert ist: Stadtbewohner leben in der Nähe ländlicher Gebiete und die Bewohner ländlicher Gebiete leben oftmals in unmittelbarer Reichweite von Dienstleistungsangeboten. Kleine und mittlere Städte sind wichtiger, als ihre Größe es vermuten lässt. Sie bieten Infrastrukturen und Dienstleistungen, die wesentliche Faktoren zur Vermeidung von Landflucht und Abwanderung in die Großstädte sind.

Wie können in einer Region, die durch eine Vielzahl kleiner und mittlerer Städte charakterisiert ist, die Vorteile konzentrierter wirtschaftlicher Aktivitäten ausgeschöpft und gleichzeitig die Kehrseite der Medaille wie Verschmutzung, Verkehrsbelastung, Stadtverfall und soziale Ausgrenzung vermieden werden?



Die wirtschaftlichen Vorteile der Konzentration müssen gefördert werden, aber unter Bewahrung der positiven Aspekte der europäischen Städte und Gemeinden.

Die Antwort liegt in der Förderung der Zusammenarbeit, der Interaktion und der Verknüpfung der Städte, Großstädte und umliegenden ländlichen Gebiete. Um aus dem Anstieg der Produktivität, der auf die Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten zurückzuführen ist, Nutzen ziehen zu können, muss Europa eine kritische Masse, anstatt durch riesige Städte, die nur zahlenmäßig auf sich aufmerksam machen, durch die Bildung von Netzwerken erreichen.

Die territoriale Kohäsion wirft die Frage auf, wie wir von dieser einzigartigen und vielfältigen Siedlungsstruktur bestmöglich profitieren können, da die europäischen Bürger in Bezug auf Beschäftigungsmöglichkeiten, Unterkunft, Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen u. Ä. nicht benachteiligt werden sollen, nur weil sie in einer und nicht in einer anderen Region leben.



Moderne Verkehrsmanagementsysteme bringen Menschen zusammen, während die bessere Nutzung der Technologie den Austausch von Ideen fördert.

Anbindung

Auch wenn sich die Urbanisierung in der Zukunft noch so ausgewogen entwickelt, müssen die einzelnen Ballungsgebiete und die Menschen, die dort leben, zusammengebracht werden. Dabei denkt man sofort an Verkehrsanbindungen, doch bedeutet Anbindung auch einen angemessenen Breitbandzugang zum Internet, Anschluss an eine zuverlässige Energieversorgung, Verbindungen zwischen Forschungszentren und Unternehmen und die Garantie, dass den spezifischen Bedürfnissen benachteiligter Gruppen nachgekommen wird.

In den neuen Mitgliedstaaten sind gute Straßenverbindungen selten, und um die Eisenbahninfrastruktur ist es nicht zum Besten bestellt: Die Schienenwege der meisten Länder sind für Hochgeschwindigkeitszüge ungeeignet und müssen oftmals ausgebessert werden. Moderne Verkehrsmanagementsysteme sind nötig, und eine Senkung des CO₂-Ausstoßes, die durch eine Verlagerung des Güterverkehrs auf das Wasser erreicht werden könnte, ist noch immer nur eine Vision, denn der Verkehr auf See und auf den Binnengewässern ist nach wie vor unterentwickelt.

Der Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, wie beispielsweise Gesundheitsversorgung oder Bildung, stellt in ländlichen Gebieten häufig noch ein Problem dar. In abgelegenen Regionen leben im Durchschnitt noch über 40 % der Bevölkerung mehr als eine halbe Fahrtstunde von einem Krankenhaus und 43 % mehr als eine Stunde von einer Universität entfernt. Das Potenzial der IKT zur Nutzung der Telemedizin und des Telelernens ist noch nicht voll ausgeschöpft.

Die Ballungsgebiete in der EU-15, die sich über lokale und regionale Grenzen und Grenzregionen hinweg erstrecken, haben von der seit vielen Jahren bestehenden Kohäsionspolitik profitiert. Eine verbesserte Zugänglichkeit sowie eine verbesserte Qualität und Effizienz der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung waren dabei nur einige der vielen positiven Auswirkungen – ein wichtiger Faktor, da in Bezug auf Zugangsfragen keine klaren Regelungen bestehen.

Zur Debatte offen

In den neuen Mitgliedstaaten und den Grenzregionen des ehemaligen Eisernen Vorhangs besteht ein Bedarf an kohärenten politischen Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Außerdem muss daran gearbeitet werden, dass die Meeresgebiete besser genutzt und Land-See-Grenzen einfacher überschritten werden können.

Zur Debatte offen

Wir benötigen eine ausgewogenere und nachhaltigere Entwicklung, die die Wettbewerbsfähigkeit stärkt und gleichzeitig den natürlichen Gegebenheiten wie weiten Landschaften Rechnung trägt. Eine solche Entwicklung sollte auch soziale Kohäsion gewährleisten. Dies bedeutet, dass exzessive Konzentrationen von Wachstum vermieden werden und jedem geholfen werden muss, die Vorteile, die ein Leben in der Stadt in Bezug auf das Dienstleistungsangebot bietet, zu nutzen – zum Beispiel Zugang zu Krankenhäusern und Schulen.

Die EU ist im Süden und Osten von Regionen umgeben, die ein noch niedrigeres Pro-Kopf-BIP (Bruttoinlandsprodukt) haben als die Regionen an den Außengrenzen der EU – die bereits das niedrigste BIP in der EU vorweisen. Und da in manchen dieser Länder außerhalb der EU noch dazu die Bevölkerung steigt, ist der Migrationsdruck groß.

Zusammenarbeit

Fragen, die eine engere Zusammenarbeit erforderlich machen, können bisweilen heikel sein – Probleme, die scheinbar nur in einer Region auftreten und dort Auswirkungen haben, können in Wirklichkeit außerhalb dieser Region verursacht worden sein. Verseuchter Boden scheint ein örtlich beschränktes Problem zu sein, wenn es auftritt. Doch Schadstoffe, die in einem Land vergraben werden, können aussickern und dann auch ein anderes Land betreffen – sein Untergrund und Grundwasser können verschmutzt werden, und es ist durchaus möglich, dass ein Land unverantwortlich handelt, ein anderes aber die Rechnung dafür bezahlen muss. Klimawandel und die dadurch verursachten Überschwemmungen, Feuer und Dürren sind dagegen offensichtlichere Herausforderungen, die mehr denn je eine effiziente grenzüberschreitende Zusammenarbeit abverlangen.

Aber nicht nur umweltpolitische Überlegungen stellen unsere bislang bekannten Vorstellungen von Grenzen und unabhängigen Regionen in Frage. Auch die modernen Arbeitsflüsse machen engere Partnerschaften zwischen Gebieten erforderlich, die sich zuvor als eigenständige separate Einheiten betrachtet hatten. Wirtschaftliche Entwicklung, öffentlicher Verkehr, Zugang zu Gesundheitsversorgung, höhere Bildung und Ausbildungsmöglichkeiten durchbrechen heute regionale Grenzen.

Der Mehrwert einer Zusammenarbeit ist weitgehend anerkannt. Nach 14 Jahren mit Programmen, die auf diesen Bereich abzielen, hofft die Kommission, dass das Grünbuch die Aufmerksamkeit auf den Nutzen ziehen wird, der dadurch entsteht, dass der territorialen Zusammenarbeit ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Dies wird bereits in der im Entstehen begriffenen EU-Strategie für die Ostseeregion deutlich – ein Versuchslabor für eine Neudefinierung der territorialen Zusammenarbeit, die kohärentere Strategien, gemeinsame gemeinschaftliche Ziele und effiziente Umsetzungsinstrumente in den Vordergrund stellt.

Aber die Ideale müssen in die Tat umgesetzt werden, und es müssen Wege gefunden werden, die dazu beitragen, die Ziele zu erreichen. Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) bietet verschiedenen Verwaltungen einen rechtlichen Rahmen für eine Zusammenarbeit – doch kann und sollte noch mehr getan werden.

Zur Debatte offen

Wir benötigen ein einfacheres, effizienteres und anpassungsfähiges Toolkit zur Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen administrativen und institutionellen Kulturen. Der EVTZ ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Zur Debatte offen

Müssen in Regionen mit spezifischen geografischen Merkmalen besondere politische Maßnahmen ergriffen werden?

Geografie – Freund oder Feind?

Die wirtschaftlichen Merkmale von Berg- und Inselregionen sind ebenso einzigartig wie ihre Topografie. In vielen Fällen ist der Tourismus für diese Regionen ein wahres Manna, da er die lokale Wirtschaft ankurbelt und die Mittel und Voraussetzungen für Verkehrsverbindungen und angemessene Grunddienstleistungen schafft. Doch hat der Fremdenverkehr sie auch anfällig gemacht. Durch die Abhängigkeit von einem einzigen Sektor sind diese Volkswirtschaften einem Risiko ausgesetzt, das durch die Herausforderungen des Klimawandels weiter verschärft wird – die Inseln müssen mit einem steigenden Meeresspiegel und Küstenerosionen und die Bergregionen mit schmelzenden Gletschern und weniger Schnee rechnen.

Zugänglichkeit ist ein weiteres Problem für die Entwicklung – die Inseln liegen häufig in Randgebieten, und die Gebirgsregionen stellen in vielen Fällen ein natürliches Hindernis zwischen den Mitgliedstaaten dar, das den Grenzeffekt noch verstärkt. Deshalb ist internationale Zusammenarbeit nicht nur für die Gebirgsregionen selbst von wesentlicher Bedeutung, sondern auch für die tiefer gelegenen Gebiete, die durch die Gebirgsregionen getrennt werden.

Warum wird gerade jetzt ein Grünbuch veröffentlicht?

Die Diskussionen über die territoriale Entwicklung begannen Anfang der 90er Jahre mit der Veröffentlichung der beiden Berichte „Europa 2000“ und „Europa 2000+“. Doch war erst 1995, bei einer Konferenz der Versammlung der Regionen Europas in Antwerpen, zum ersten Mal vom Konzept der territorialen Kohäsion die Rede.

Zwei Jahre später wurde das Konzept in den Amsterdamer Vertrag (Artikel 7d) aufgenommen, und 1999 verabschiedeten die Mitgliedstaaten schließlich das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK). In der Folge fanden häufig Treffen zwischen den für Raumplanung und Regionalentwicklung zuständigen Ministern verschiedener Regierungen statt, die letztendlich zur Annahme der „Territorialen Agenda“ mit drei Prioritäten für die Kohäsion führten:

- Konzentration auf die politischen Maßnahmen für die territoriale Entwicklung auf nationaler und regionaler Ebene, um aus den territorialen Vorteilen optimalen Nutzen zu ziehen;



Geografische Elemente wie Bergketten bringen unsere bisherige Auffassung von Grenzen ins Wanken.



Kohäsionspolitik – territoriale Herausforderungen in Aktivposten verwandeln.

- Stärkung der Beziehungen zwischen und der Integration von Gebieten durch die Förderung von Zusammenarbeit und Austausch; sowie
- Kohärentere Gestaltung der EU-Politiken, die territoriale Auswirkungen haben.

Dass auf zwischenstaatlicher Ebene die territoriale Kohäsion in den Mittelpunkt gestellt wurde, bedeutete, dass die Diskussionen weit genug vorangeschritten waren, um nach einem gemeinsamen Standpunkt bezüglich der Frage, wie die Kohäsion in die EU-Politik verankert werden kann, zu suchen – und nachdem ein Jahr über Formulierungen debattiert wurde, wurde das Grünbuch veröffentlicht, um einer gemeinsamen Meinung Gestalt zu verleihen und den Weg für die Zukunft zu ebnen.

Ein höherer Stellenwert für die territoriale Kohäsion

Bislang waren die mittelgroßen so genannten NUTS-2-Verwaltungsregionen der Mitgliedstaaten, die EUROSTAT zufolge gemeinsame Parameter teilen, der traditionelle Eckpfeiler der Kohäsionsförderung und die Analyseeinheit, auf der die Politik basierte.

Die territoriale Zusammenarbeit erfordert einen flexibleren geografischen Ansatz, bei dem sowohl kleinere als auch größere Regionen wie das Donaubecken und das Schwarze Meer berücksichtigt werden. Doch die Analyse geht noch darüber hinaus. Der neue geografische Ansatz trägt auch den verschiedenen Zusammenarbeitsebenen und Netzwerkformen als geografischen Merkmalen Rechnung und verleiht somit den verschiedenen Betrachtungsweisen in Bezug auf die Struktur der Europäischen Union eine andere Dimension.

Das Argument, dass wir ein territoriales Gegengewicht zur breit angelegten, EU-weiten sektoralen Politik benötigen, gewinnt ebenso an Boden wie die Tatsache, dass die Politik, um tragfähig zu sein, an die lokale Ebene angepasst werden muss. In dieser Hinsicht werden nun einige regionale Programme durchgeführt, bei denen die Gesamtbudgets direkt an die beteiligten Städte weitergeleitet werden und ihnen bei der Planung und Durchführung der Projekte ein Mitspracherecht eingeräumt wird. In den Vordergrund gestellt wird hierbei, dass der politische Entscheidungsprozess ortsbezogen sein muss, wodurch die Behörden daran erinnert werden, dass sie die Situation des Landes kennen müssen, bevor sie ihre politischen Ziele formulieren. Der politische Entscheidungsprozess auf sektoraler Ebene muss geändert werden. Die Entwicklung der sektoralen Politiken sollte auf allen Ebenen die Auswirkungen berücksichtigen, die die politischen Maßnahmen in den Regionen selbst haben werden. Landwirtschaft, Innovation, nachhaltige Entwicklung – es gibt keine Einheitsgröße, die jedem passt.

Das Grünbuch nimmt eine Feinabstimmung des Ansatzes vor, indem es darauf hinweist, dass die implizite Aufmerksamkeit, die der territorialen Kohäsion gewidmet ist, explizit werden muss – Regionalpolitik sollte, wie die Bezeichnung schon sagt, auf die verschiedenen Typen von Regionen (hier in der normalen Bedeutung des Wortes) oder, um ein anderes Wort zu benutzen, territorial angewandt werden. Gefördert werden muss ein subnationaler Ansatz mit einer ortsbezogenen Politik, die mit der sektorbezogenen Politik (nachhaltige Entwicklung, Zugang zu Dienstleistungen usw.) verflochten werden kann.

Auch wenn das Grünbuch eine flexiblere Geografie vorschlägt, so stellt es doch nicht die nationalen und regionalen Zuständigkeiten in den Bereichen Raumplanung und Bodennutzung in Frage. Die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Danuta Hübner erklärt dazu: „Wir müssen neue Formen der Governance erforschen, um die schwierige, aber notwendige Kombination aus europäischen Entscheidungen auf höchster Ebene einerseits und einer Bottom-up-Anpassung an die lokalen Bedürfnisse und Präferenzen andererseits weiter zu stärken.“

Vielfalt ist ein Trumpf, kein Hindernis

Die Veränderung der Perspektive führt eine Veränderung der Philosophie mit sich – bei der Zusammenarbeit geht es nicht nur um den Versuch, nationale Grenzen zu überwinden, sondern Zusammenarbeit ist auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu Stärke.

Einfache Stereotypen wie „Stadt = Produktivität – Land = Nachteil“ müssen ebenso wie die Vorstellung beseitigt werden, dass einige topografische Formen untrennbar mit einem niedrigen BIP verbunden wären. Es gibt Städte, die ums Überleben kämpfen, und dagegen ländliche Gebiete, die florieren. Die territoriale Zusammenarbeit sollte sich darauf konzentrieren, beide Seiten zusammenzubringen, damit den Regionen die Gelegenheit geboten wird, alle Lebensbereiche der Menschen, die in ihnen wohnen, zu verbessern.

Die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel sollten in entstehende Synergien fließen, die sich selbst tragen und nach Abschluss des Projekts oder Programms den Regionen zugute kommen. Der Schwerpunkt sollte von einer Unterstützung auf eine Grundsteinlegung des Potenzials für Wachstum übergehen, damit eine Zusammenarbeit entsteht, die Wettbewerbsfähigkeit garantiert.

Die Kommission begrüßt Ihr Feedback während dieser Debatte, die noch bis Ende Februar 2009 laufen wird. Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite zum Grünbuch:

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/index_de.htm

Das Grünbuch aus verschiedenen Blickwinkeln

Die folgende Auswahl an Interviews bietet einen Querschnitt an Meinungen zum Grünbuch, die von Akteuren der Regionalpolitik zum Ausdruck gebracht wurden, wobei Prioritäten und Positionen dieser Akteure mit ihrem Tätigkeitsbereich eng verflochten sind. Um die verschiedenen Blickwinkel vergleichen zu können, wurden alle Befragten gebeten, auf dieselben zwei Schlüsselfragen zu antworten. Die dritte Frage, die von jedem Interviewpartner individuell formuliert werden konnte, bietet einen Einblick in dessen vorrangige Anliegen, die von seiner Rolle in der Regionalpolitik abhängen.

Danuta Hübner, EU-Kommissarin für Regionalpolitik

1. Inwieweit wird Ihrer Meinung nach das aktuelle Grünbuch über die territoriale Kohäsion die Dinge vor Ort verändern?

Das Grünbuch fordert uns auf, Überlegungen über die Auswirkungen anzustellen, die politische Maßnahmen in Bereichen wie Verkehr oder Landwirtschaft vor Ort haben. Es konfrontiert uns mit der Frage, wie mithilfe der verschiedenen öffentlichen Politiken, und insbesondere mithilfe der europäischen Kohäsionspolitik, eine harmonische Entwicklung verschiedener Regionen erreicht werden kann.



Die Politik muss auf allen Ebenen integriert werden und auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen, die in vernünftigt festgelegten Gebieten leben.

Die Kohäsionspolitik zielt darauf ab, den Bürger in die Lage zu versetzen, alle Möglichkeiten der Region, in der er lebt, voll auszuschöpfen, wobei das Grünbuch eine Debatte darüber einleitet, wie dies sichergestellt werden kann. Wir hören uns an, was die Menschen in dieser Konsultationsphase zu sagen haben und ziehen auf Grundlage ihrer Kommentare Bilanz. Meiner Meinung nach gibt es jedoch auch konkrete Aspekte, die in Betracht gezogen werden müssen.

Wir müssen die Definition von „territorial“ überdenken und dementsprechend politische Entscheidungen treffen. Da sich die Menschen immer weniger auf bestehende Verwaltungsgrenzen beschränken – sondern zur Arbeit pendeln und längere Strecken für Einkauf und Freizeitgestaltung zurücklegen –, verändert sich die Lebensweise in den verschiedenen Regionen. Gleichzeitig erfordern neue Herausforderungen wie Globalisierung, Klimawandel und Migration ein gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene, an dem sich alle politischen Entscheidungsebenen beteiligen müssen.

Wir benötigen auf allen Ebenen einen integrierten Ansatz für den politischen Entscheidungsprozess. **Die öffentlichen Politiken müssen den Bedürfnissen der Bürger in Gebieten gerecht**

werden, die eindeutig definiert sind. Bei diesen Gebieten kann es sich sowohl um lokale Gemeinden als auch Ballungsgebiete, sowohl Grenzregionen als auch länderübergreifende Meeresregionen oder Flusseinzugsgebiete handeln.

Zur Koordinierung der sektoralen und territorialen Politiken ist Fortschritt erforderlich, auch wenn die verschiedenen Politikbereiche dabei eigenständig bleiben. Zudem besteht weiterer Bedarf an Partnerschaften, um das schwierige, aber notwendige Zusammenspiel aus europäischen Entscheidungen auf höchster Ebene einerseits und einer Bottom-up-Definition der lokalen Bedürfnisse und Präferenzen andererseits zu stärken.

Wir müssen unsere Gebiete, einschließlich ihrer Dynamik, Auswirkungen, Gegebenheiten usw., besser kennen lernen, damit wir bessere Entscheidungen treffen können. Mithilfe von Daten, Indikatoren und Methoden müssen wir in der Lage sein, die komplexe Natur der Auswirkungen zu erkennen, die politische Maßnahmen vor Ort haben können. In dieser Hinsicht werden fortlaufend weitreichende Bemühungen unternommen, wie zum Beispiel im Rahmen des ESPON-Programms.

2. Kooperation scheint im Grünbuch ein Schlüsselthema zu sein – welche Probleme müssen Ihrer Meinung nach noch gelöst werden, damit eine wahrhaftige grenzüberschreitenden und transnationale regionale Kooperation Wirklichkeit werden kann?

Die Präambel des Lissabon-Vertrags besagt, dass es das vorrangige Ziel der Europäischen Union sein muss, „einen immer engeren Zusammenschluss zwischen den Völkern Europas zu schaffen“ und „durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen“.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir uns auf Zusammenarbeit konzentrieren; doch egal, wie gut wir den Binnenmarkt auch umsetzen, Schranken wird es immer geben.

Ich hoffe, dass das Grünbuch eine weitreichende Diskussion auslösen wird, bei denen die Herausforderungen definiert werden, die bestimmten Regionentypen gemein sind und die durch eine Zusammenarbeit besser angegangen werden können. Zusammenarbeit und der Austausch von Erfahrungen zwischen den Regionen können ein wichtiger Antriebsmotor für einen dynamischen, zukunftsorientierten Entwicklungsprozess auf regionaler Ebene sein.

Eine Mehrebenenverwaltung kann in großen, transnationalen Regionen wie Gebirgsmassiven, grenzüberschreitenden Ballungsgebieten und gemeinsamen Gebieten auf eher lokaler Ebene einer nachhaltigen Zusammenarbeit Gestalt verleihen. Hier scheint der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit, der alle öffentliche Ebenen mit einbeziehen kann, ein sinnbildliches Instrument der EU zu sein.

3. Ist die Debatte über die territoriale Kohäsion verfrüht, da ja der Lissabon-Vertrag, in dem sie verankert ist, noch nicht unterzeichnet ist?

Die Debatte ist nicht verfrüht – es ist wichtig, sich darüber klar zu werden, dass das Konzept der territorialen Kohäsion nicht neu ist. Das Europäische Parlament, das informelle Treffen der für Stadtentwicklung und territoriale Kohäsion zuständigen Minister 2007 in Leipzig sowie zahlreiche Verbände, die bestimmte Gebietstypen vertreten, haben in diesem Zusammenhang die Kommission aufgefordert, ein Dokument zur territorialen Kohäsion vorzulegen. Unsere Antwort darauf ist das Grünbuch.

Die territoriale Dimension hat von Anfang an im Mittelpunkt der Kohäsionspolitik gestanden. Sie kommt durch das System der Förderfähigkeit, das System zur Verteilung der finanziellen Mittel und die Organisation der Programmplanung zum Ausdruck. Aber nicht wenige sind der Ansicht, dass die Art und Weise, wie die öffentlichen Politiken die territorialen Bedürfnis-

se angehen, verbessert werden muss, auch wenn es derzeit noch keine feste Vereinbarung gibt, wie dies geschehen soll.

Durch die Einleitung der Debatte hofft die Kommission, ein gemeinsames Verständnis von territorialer Kohäsion zu schaffen und gemeinsame europäische Lösungen zu finden. Wir dürfen dabei jedoch den politischen Entscheidungsprozess nicht außer Acht lassen. Der Lissabon-Vertrag wird die territoriale Kohäsion zu einem sichtbaren und expliziten Ziel machen, muss jedoch zunächst einmal ratifiziert werden. Die zukünftige Kohäsionspolitik wird die territoriale Dimension der Entwicklung vertiefen. Im Moment arbeiten wir jedoch mit Nachdruck daran, die Umsetzung der Programme für den Zeitraum 2007-2013 zu einem Erfolg zu machen. Wir müssen an die Zukunft denken, aber auch mit den derzeitigen Verträgen und Vorschriften kann viel bewegt werden.

Michel Delebarre, Bürgermeister von Dünkirchen (Frankreich) und seit 2008 erster Vizepräsident des Ausschusses der Regionen

1. Inwieweit wird Ihrer Meinung nach das aktuelle Grünbuch über die territoriale Kohäsion die Dinge vor Ort verändern?

Der erste Vorteil ist die Einleitung der Debatte. Das Konzept wird in den nächsten zehn Jahren für den Aufbau der Europäischen Union von wesentlicher Bedeutung sein. Was meinen wir, wenn wir von territorialer Kohäsion sprechen? Meiner Analyse zufolge muss jede Region mit Hoffnung in die Zukunft schauen können. Jede Region muss in der Lage sein, nach eigenem Gutdünken eine Strategie zu entwickeln. Das bedeutet, dass nicht alle Regionen gleich sein müssen und die gleiche Anzahl KMU und die gleiche Infrastruktur aufweisen sollen. Jede Region steht ihren eigenen Problemen gegenüber, die mit territorialer Kohäsion und Wettbewerbsfähigkeit in Zusammenhang stehen. Was uns betrifft, ist es notwendig, alle Regionen im „europäischen Konzert“ ihr eigenes Stück spielen zu lassen – trotz und aufgrund ihrer Vielfalt. **Keine Region sollte bei der Entwicklung der EU vernachlässigt und zurückgelassen werden.**

Wir müssen eine freiwillige Kohäsionspolitik fördern, um das Ziel der territorialen Kohäsion zu erreichen. Sie darf keine Politik sein, die für andere EU-Politiken alle Probleme löst, Politiken, die sich ungeachtet der Region gewollt nicht verändert haben, wie zum Beispiel die Forschungs- oder Landwirtschaftspolitik. Es ist nicht möglich, die Kohäsionspolitik oder die territoriale Kohäsion als einen Politikbereich zu betrachten, durch den die Probleme aller anderen Politikbereiche gelöst werden. Dies ist ein wichtiger Punkt, über den man mit Hinblick auf die Zukunft der EU nachdenken muss.

2. Kooperation scheint im Grünbuch ein Schlüsselthema zu sein – welche Probleme müssen Ihrer Meinung nach noch gelöst werden, damit eine wahrhaftige grenzüberschreitende und transnationale regionale Kooperation Wirklichkeit werden kann?

Niemand stellt den Mehrwert, der durch die territoriale Zusammenarbeit nach Europa gebracht wurde, in Frage. Und da sie ein Schlüsselinstrument der territorialen Kohäsion ist, muss sie verstärkt werden.

Wenn wir konkret auf die Grenzen schauen, dann finden wir uns selbst in Gebieten wieder, die zweifelsohne die größten Chancen für den zukünftigen Aufbau Europas bieten. Gerade dort beeinflussen wir den Alltag der Bürger. In den Bereichen Sozialversicherung und Verkehr bestehen Hindernisse, aber ich bin der Meinung, dass wir alle diese Hindernisse überwinden werden. Die EU muss diesen Prozess auch weiterhin als Ver-

suchsfeld für den Aufbau einer Europäischen Union betrachten, die täglich präsent ist. Ich denke, das ist sehr wichtig.

Jeder möchte, dass die bewährtesten Praktiken umgesetzt werden, aber dies ist ohne finanzielle Mittel und europäische Vorschriften nicht möglich. Wir müssen laut und deutlich sagen, dass es in den Augen derjenigen, die gewählt wurden, die in den Institutionen arbeiten und die sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Aspekten der Regionen befassen, undenkbar ist, dass das aktuelle Ziel der Zusammenarbeit für die Zeit nach 2013 noch einmal überdacht wird. Verbesserungen, ja. Reformen, ja. Aber der Austausch bewährter Praktiken kann nicht umsonst geschehen, und die territoriale Zusammenarbeit sollte nicht mit Einschränkungen belegt werden.

3. Welche Rolle sollten die öffentlichen Dienste bei der territorialen Kohäsion spielen?

Der Lissabon-Vertrag stellt eine klare Verbindung zwischen den öffentlichen Diensten und der territorialen Kohäsion her. Diese Verbindung ist ein grundlegender Aspekt für den Aufbau der territorialen Kohäsion. Denken Sie zum Beispiel nur einmal an die Richtlinie über Postdienste. Ich bin sicher, dass, wenn wir den Text vorher zur Prüfung auf die Bedürfnisse der territorialen Kohäsionspolitik vorgelegt hätten, wir nicht in der Lage gewesen wären, denselben Text zu verwenden, weil er den Bedürfnissen der territorialen Kohäsion nicht entspricht. Öffentliche Dienste sind eine Dimension, die wieder in das Konzept der territorialen Kohäsion eingebunden werden muss. Das könnte Europa dazu veranlassen, einige Dinge in Bezug auf die öffentlichen Dienste zu überdenken. Meiner Meinung nach hätte das Grünbuch dies viel stärker in den Vordergrund stellen müssen.



Das europäische Konzert: Die Vielfalt jeder Region macht Europas Stärke aus.

Andreas Faludi – Professor für Raumpolitikssysteme in Europa am OTB-Forschungsinstitut für Wohnungsbau-, Urbanistik- und Mobilitätsstudien an der Technischen Universität Delft, Ehrenmitglied des Königlichen Stadtplanungsinstituts (RTPI, Vereinigtes Königreich) und der Vereinigung europäischer Planungsschulen (AESOP)

1. Inwieweit wird Ihrer Meinung nach das aktuelle Grünbuch über die territoriale Kohäsion die Dinge vor Ort verändern?

Da es sich beim Grünbuch über die territoriale Kohäsion um ein Diskussionspapier handelt, erhebt es als solches nicht den Anspruch, „Dinge vor Ort verändern zu wollen“, aber man kann sich natürlich die Frage stellen, wohin die Diskussion führen soll, die durch das Grünbuch ausgelöst wird. Ich stelle mir vor, dass die Aufmerksamkeit mehr darauf gerichtet wird, wo die Menschen leben, wo sich Unternehmen niedergelassen haben, wo sich lokale Gemeinschaften oder Regionen im Vergleich zu ihren Partnern, ihren Konkurrenten, ihren Märkten usw. befinden. Mit anderen Worten geht es, so wie es in den Strategischen Leitlinien der Gemeinschaft mit Recht zum Ausdruck kommt, um „geografische Angelegenheiten“, und ich hoffe, dass öffentliche und private Akteure als ein Ergebnis des Grünbuchs ihre Kräfte bündeln werden, um die Geografie besser zu verstehen und um sich auch darüber bewusst zu werden, wie sie ihren geografischen Aspekten Rechnung tragen können. Auf dieser Grundlage dürften sie sich dann auch besser kennen lernen und ihre individuelle und gemeinsame Politik verbessern.

2. Kooperation scheint im Grünbuch ein Schlüsselthema zu sein – welche Probleme müssen Ihrer Meinung nach noch gelöst werden, damit eine wahrhaftige grenzüberschreitende und transnationale regionale Kooperation Wirklichkeit werden kann?

Derzeit wird die Aufteilung der territorialen Belange und Strategien im Wesentlichen durch ein institutionelles Gefüge bestimmt, das sich über die Jahrhunderte entwickelt hat und in dem sich die Gemeinden ganz unten und der Nationalstaat an der Spitze der Pyramide befinden, wobei es dazwischen eine oder mehrere Ebenen gibt. Dieses Gefüge ist dermaßen

gut etabliert, dass wir uns die Institutionen und die Organisation der demokratischen Legitimität kaum anders vorstellen können. Gleichzeitig ändern sich die Gegebenheiten schnell. Viele Beziehungen überschreiten die bewährten und soliden Grenzen, die geschaffen wurden, um Ordnung in dieses System zu bringen. Es wurden Fortschritte erzielt und der Austausch wurde erleichtert, aber das bestehende Gefüge ist noch immer sehr stark. Wenn Rechenschaft abgelegt wird, wird noch immer von „meiner Gemeinschaft“, „meiner Region“, „meiner Nation“, „meinen Wählern“ gesprochen, so wie es auch bei der politischen Legitimität der Fall ist – was vielleicht die größte Herausforderung für die interregionale und transnationale Zusammenarbeit ist.

3. Warum ist es so schwierig, territoriale Kohäsion zu definieren – die erste im Grünbuch zur Debatte gestellte Frage und eine Frage, die in Diskussionen häufig aufgeworfen wird?

Wie auch die wirtschaftliche und soziale Kohäsion, die sich einfacher Definitionen entzieht, ist die territoriale Kohäsion ein übergeordneter Begriff. Michel Barnier, der 2000 bis 2004 als EU-Kommissar für Regionalpolitik für die Einführung der territorialen Kohäsion in die Debatte verantwortlich war, füllte diesen Begriff mit Inhalt, indem er verschiedene Aspekte ansprach: Gerechtigkeit (z. B. der Wohnort der Menschen sollte weder deren Möglichkeiten noch deren Lebensqualität wesentlich beeinflussen); Wettbewerbsfähigkeit (jeder Region und jedem Ort kommt bei Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen eine eigene wichtige Rolle zu); Nachhaltigkeit und Good Governance. Es sind unterschiedliche und unter Umständen widersprüchliche Anliegen, die spezifiziert werden müssen und hoffentlich von Fall zu Fall auch in Einklang gebracht werden. Territoriale Kohäsion ist somit eine Aufforderung zum Tanz und nicht der Tanz selbst.

Lambert van Nistelrooij, Mitglied des Europäischen Parlaments, Berichterstatter für das Grünbuch über die territoriale Kohäsion und den fünften Fortschrittsbericht zur Kohäsion

1. Inwieweit wird Ihrer Meinung nach das aktuelle Grünbuch über die territoriale Kohäsion die Dinge vor Ort verändern?

Ich möchte hervorheben, wie wichtig eine „horizontale Politik“ mit einem integrierten Ansatz ist, da auf diese Weise die Gebiete effizienter verwaltet werden können. Die verschiedenen Haushalte und politischen Maßnahmen der EU ergänzen sich in den verschiedenen Regionen gegenseitig, weshalb ich das Konzept der Kommission „Konzentration, Anbindung und Zusammenarbeit“, das einen europaweiten Überblick über das Niveau von Wachstum und Wohlstand bietet, unterstütze. Wenn die Mitgliedstaaten und regionalen und lokalen Behörden wählen, können durch Mittel der Gemeinschaft „Entwicklungsspitzen“ gefördert werden. Wir sehen neue Einheiten der regionalen Entwicklung, zum Beispiel in Grenz- und Metaregionen wie der Ostseeregion. Neben diesen Entwicklungen unterstützt die territoriale Kohäsion nachhaltiges Wachstum und Wettbewerb in allen europäischen Regionen. **Die zukünftige Verteilung der europäischen Mittel wird von unserem Ziel abhängen, auf ein symmetrisches, multipolares und ausgewogenes Europa hinzuarbeiten.**

2. Kooperation scheint im Grünbuch ein Schlüsselthema zu sein – welche Probleme müssen Ihrer Meinung nach noch gelöst werden, damit eine wahrhaftige grenzüberschreitende und transnationale regionale Kooperation Wirklichkeit werden kann?

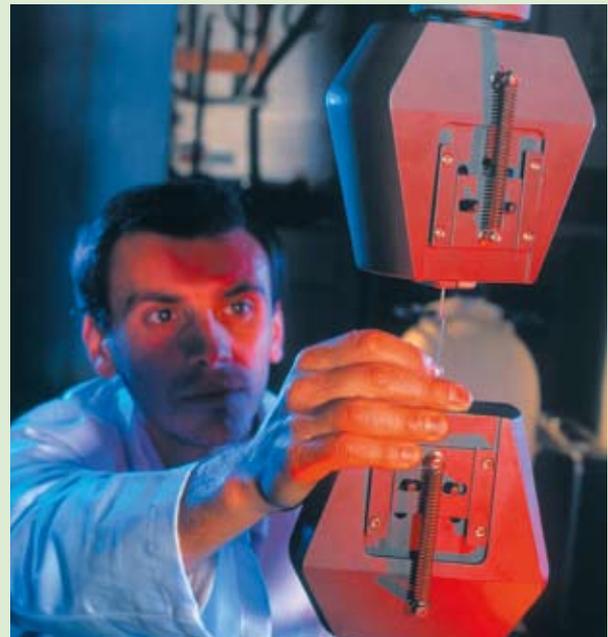
Vor allem ist es so, dass die Regionen viel voneinander lernen und in Programmen wie „Regionen für wirtschaftlichen Wandel“, „Wissensregionen“ und dem „Europäischen Nachbarschaftsinstrument“ Erfahrungen austauschen. In Europa sind interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeitsformen fest verwurzelt. Öffentliche und private Investitionen, offene Koordinierung oder innovative Ökosysteme sind moderne Konzepte, die so weit wie möglich gefördert werden müssen. Regionen und Städte sind eine territoriale Plattform, auf der verschiedene Politikbereiche miteinander verknüpft werden und ein Mehrwert geschaffen wird.

Im Zeitraum 2007-2013 ist Ziel 3 (Zusammenarbeit) nur auf den finanziellen Aspekt beschränkt. Ich schlage vor, dieses Ziel auszuweiten. Die Hebelwirkung der interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist enorm und sollte deshalb mehr in den Vordergrund gestellt werden.

3. Wie kann das Parlament angesichts der jetzigen Veröffentlichung des Grünbuches zur Förderung der politischen Debatte über die territoriale Kohäsion beitragen?

In dieser Phase der Diskussionen über die territoriale Kohäsion wird das Parlament neue und herausfordernde Ideen vorbringen, um die Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik anzufachen. Die „territoriale Kohäsion“ sollte für die betroffenen Akteure ein horizontales Konzept sein, das darauf abzielt, die territorialen Auswirkungen der Kohäsionspolitik und der sektoralen politischen Maßnahmen in einer bestimmten Region zu definieren.

Nach Abschluss des Konsultationsprozesses der Kommission sollte das Europäische Parlament deshalb mit aller Entschlossenheit die Veröffentlichung eines Weißbuches über die territoriale Kohäsion fordern. Nur so kann der Weg für eine Umsetzung der „territorialen Kohäsion“ in konkrete Vorschriften, die im nächsten Legislativpaket zu den Strukturfonds für den Programmplanungszeitraum nach 2013 enthalten sein sollten, geebnet werden. Ich bin der Auffassung, dass das Europäische Parlament die territoriale Dimension unserer Politiken stärken wird. Und dies wird ein Ansatz für ganz Europa sein und nicht nur für die ärmeren Regionen!



Innovative Ökosysteme; die Wettbewerbsfähigkeit wird durch Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Methoden gestärkt.

Jesús Bedoya Vega, Stellvertretender Generaldirektor für Wirtschaft im Ministerium für Wirtschaft und Finanzen der Region Kantabrien

1. Inwieweit wird Ihrer Meinung nach das aktuelle Grünbuch über die territoriale Kohäsion die Dinge vor Ort verändern?

Das Grünbuch ist ein äußerst interessantes Dokument, das neuen Überlegungen Nährstoff bietet und Debatten über Konzepte, die mit der territorialen Kohäsion verbunden sind, anfährt. In der Praxis wird der Fortschritt dieser Debatte allerdings dadurch behindert, dass es an konkreten Ideen und Lösungen in Bezug auf die finanziellen Aspekte fehlt. Diese Aspekte sind jedoch für die Umsetzung der im Dokument enthaltenen Ideen von wesentlicher Bedeutung.

2. Kooperation scheint im Grünbuch ein Schlüsselthema zu sein – welche Probleme müssen Ihrer Meinung nach noch gelöst werden, damit eine wahrhaftige interregionale und transnationale regionale Kooperation Wirklichkeit werden kann?

Zu Beginn müssen die Art und die Merkmale der verschiedenen Zusammenarbeitsformen definiert und abgegrenzt werden. Die Herausforderungen, Probleme und Lösungen in Bezug auf die länderübergreifende Zusammenarbeit sind nicht die gleichen wie bei der transnationalen oder interregionalen Zusammenarbeit. Eine Zusammenarbeit wird traditionellerweise zwischen zwei Nachbarregionen eingegangen, und folglich wird sich das Engagement der Akteure der transnationalen Zusammenarbeit nur erhöhen, wenn die bestehenden Zusammenarbeitsgebiete erfolgreich gestärkt und konsolidiert werden.

3. Wie bewerten Sie die transnationale Zusammenarbeit in Südwesteuropa, wo Ihre Region die Rolle der Verwaltungsbehörde übernommen hat?

Ich bewerte die Zusammenarbeit sehr positiv, denn in den letzten Jahren wurden sehr viele Fortschritte erzielt. Dank dieser Fortschritte konnten über fünfhundert Organisationen in Südwesteuropa gemeinsame Zusammenarbeitsprojekte in die Wege leiten, und auch dort, wo man vorher keine Erfahrungen mit einer Zusammenarbeit hatte. Dies ist der wirkliche Erfolg der Zusammenarbeit.



Gesundheitspflege, einer der Bereiche, die sich für grenzübergreifende Zusammenarbeit anbieten.

Der Europäische Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) – die Ziele des Grünbuchs voranbringen

„Bei der territorialen Kohäsion geht es darum, sich an die heutigen Gegebenheiten und Herausforderungen anzupassen. Sie ist ein europäisches Modell für dauerhafte Arbeitsplätze und ein nachhaltiges Wachstum.“ Mit diesen Worten leitete die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Danuta Hübner die Debatte über die Zukunft der Kohäsionspolitik ein.



EVTZ – Vereinfachung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit.

Das Grünbuch über die territoriale Kohäsion spricht von einer harmonischen Entwicklung in der gesamten EU und davon, dass die Menschen aus den Besonderheiten ihrer Regionen einen optimalen Nutzen ziehen sollen. Wettbewerbsfähigkeit, so das Grünbuch, basiert auf einer Zusammenarbeit mit anderen Regionen, bei der koordiniert und nachhaltig gemeinsame Mittel genutzt werden – sollen diese gemeinsamen Mittel jedoch über mehrere Regionen oder über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg geteilt werden, kann eine komplexe Situation entstehen. Mit dem Ziel, den Weg zu einer engeren territorialen Zusammenarbeit zu ebnet, hat die Kommission den EVTZ ins Leben gerufen, der Bürokratie abbauen und die finanzielle Kontrolle der territorialen Zusammenarbeit erleichtern soll.

Was ist ein EVTZ?

Das Konzept des EVTZ wurde in einer Verordnung aus dem Jahr 2006 als Antwort auf den Druck vonseiten grenzüberschreitender Euroregionen und ähnlicher Organisationen, die für ihre Zusammenarbeit eine rechtliche Grundlage forderten, festgeschrieben. An einem EVTZ müssen sich Einrichtungen aus mindestens zwei Mitgliedstaaten beteiligen – Mitglieder von außerhalb der EU sind unter Umständen auch möglich. Es kann sich dabei um Regierungen aller Ebenen, regionale oder lokale Behörden, Verbände oder auch um andere öffentliche Einrichtungen handeln.

Ein EVTZ sollte sich eine der folgenden Hauptaktivitäten zum Ziel setzen. So kann er sich mit der Umsetzung europäischer territorialer Zusammenarbeitsprogramme bzw. -projekte befassen oder mit anderen territorialen Zusammenarbeitsmaßnahmen, die von der EU mitfinanziert werden. Oder er kann andere Aktivitäten durchführen, die nicht mit von der EU finanzierten Projekten verbunden sind.

Welche Vorteile bringt ein EVTZ mit sich?

Der Ansatz der Kohäsionspolitik wird immer dezentralisierter: Mit den Programmen für den Zeitraum 2007-2013 ist die Hoffnung verbunden, dass zur Förderung der Mehrebenenverwaltung öffentliche Einrichtungen auf subregionaler Ebene eingebracht werden. Durch die Verknüpfung und Bildung einer Rechtspersönlichkeit wird den Einrichtungen eine deutlichere Stimme verliehen – ihnen wird somit eine zusätzliche Möglichkeit geboten, um gleichberechtigt mit regionalen oder nationalen Regierungen an der Umsetzung von Programmen teilzunehmen.

Die mit der Gründung eines EVTZ verbundenen Schwierigkeiten können entmutigend wirken, aber sobald ein EVTZ in Angriff genommen wird, sind die Hindernisse für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit wie unterschiedliche Rechtssysteme und verschiedene administrative Strukturen und Kulturen beseitigt, da der Verbund in einen Rahmen mit Vorschriften, die für alle EVTZ gleich sind, eingebettet wird. Dieser integrierte Ansatz bietet den Teilnehmern eine rechtlich anerkannte Plattform für die Koordinierung verschiedener Verwaltungsebenen und -formen und verpflichtet sie, sich einer verbindlichen Rechtsstruktur zu unterwerfen. Sie verfügen über die Größe, das politische Engagement und die notwendigen Mittel und, was auch sehr wichtig ist, sie können auf Grundlage zuverlässiger Bedarfsbewertungen das bestehende Know-how ausnutzen, um territoriale Strategien zu entwickeln und umzusetzen.

Ein EVTZ im Entstehungsprozess

Ein Beweis für die enge transnationale Zusammenarbeit zwischen der spanischen Region Galicien und dem Norden Portugals ist Eixo Atlántico.

Ursprünglich wurde Eixo Atlántico mit seinen 34 teilnehmenden Städten in Galicien und Nordportugal 1992 mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Finanzhilfesanträge im Rahmen von INTERREG zu bündeln. Doch schon bald wurde beschlossen, diese Plattform auch zu nutzen, um die politische Debatte über länderübergreifende Strategien für eine nachhaltige Entwicklung voranzubringen.

Auch wenn der Weg manchmal holprig war – durch den fehlenden länderübergreifenden Rechtsrahmen vor Gründung des EVTZ hatten andere Verwaltungsebenen das Gefühl, dass Eixo Atlántico in ihren Tätigkeitsbereich eindringt – kann der regionale Zusammenschluss als voller Erfolg angesehen werden. Die Bilanz nach fünfzehn Jahren: ein Budget, das nicht überschritten wurde, die Beteiligung an der Gründung einer EVTZ sowie fortlaufende Strategien wie die Lokale Digitale Agenda i2020 zur Förderung der neuen Technologien und der Forschungsdienst, der Forschern die Möglichkeit bietet, Netzwerke zu bilden.

Bericht von der Pariser Konferenz zur territorialen Kohäsion



Territoriale Kohäsion – wir glauben, wir wollen sie, aber wir sind nicht sicher, was das eigentlich ist

Schließen sich Zusammenarbeit und Wettbewerb gegenseitig aus? Sollten die Kohäsionsfondsmittel dazu verwendet werden, Regionen zu unterstützen, die in Bezug auf das BIP hinterherhinken, oder sollten mit diesen Mitteln Exzellenzzentren gefördert werden? Wie nützlich ist das BIP als Indikator? Dies sind nur einige Fragen, die bei der Konferenz zur territorialen Kohäsion und Zukunft der Kohäsionspolitik aufkamen. Über tausend Vertreter aus zahlreichen Mitgliedstaaten sowie Redner aus dem politischen, akademischen und wissenschaftlichen Umfeld nahmen an dieser Veranstaltung, die am 30. und 31. Oktober in Paris stattfand, teil. Auch Panorama gehörte zu den Teilnehmern der Konferenz und berichtet in dieser Ausgabe aus Paris über die Diskussionsthemen, die parallel laufenden Workshops und das Rundtischgespräch, das eine Zusammenfassung der Konferenz bot.

Die Redner waren sich einig, dass es sich bei der territorialen Kohäsion um kein leicht zu fassendes Konzept handelt. Eine Debatte sei deshalb umso notwendiger. Es bestehe der

dringende Bedarf an einem Konsens über den Inhalt und die konkrete und praktische Umsetzung des Konzepts, da es im Lissabon-Vertrag einen wichtigen Stellenwert einnehme. Obwohl der Vertrag derzeit noch immer nicht ratifiziert ist, brachten alle Redner die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Vertrag unterzeichnet wird, weshalb es notwendig sei, eine Definition und eine langfristige Vision für das Konzept der „territorialen Kohäsion“ zu finden.

Als erster Redner der Konferenz betonte der französische Staatssekretär für Raumplanung Hubert Falco die Notwendigkeit einer breiter angelegten Debatte, an der alle aktiv beteiligten Akteure und alle Bürger, die der Meinung sind, dass sie etwas zu sagen haben, teilnehmen sollten. „Diese Konferenz zeigt unseren Willen, einen Dialog einzugehen, der sich von der lokalen bis zur europäischen Ebene erstreckt. Ich habe die Absicht, die Synthese des heute und morgen stattfindenden Austauschs beim Ministertreffen am 25. und 26. November in Marseille vorzustellen“, erklärte er, als er die Veranstaltung eröffnete. Die öffentliche Konsultation wird bis Ende Februar laufen.

Der letzte Tag begann mit einer Zusammenfassung der Schlussfolgerungen aus den verschiedenen Workshops. Den Rednern wurde hier die Möglichkeit geboten, Fragen aus dem Publikum zu beantworten. Das abschließende Rundtischgespräch widmete sich ausschließlich der Zukunft der Kohäsionspolitik. Dabei teilten unter anderem die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Danuta Hübner, der französische interministerielle Abgeordnete für Raumordnung und territoriale Wettbewerbsfähigkeit Pierre Dartout sowie der stellvertretende Leiter des Direktorats für öffentliche Verwaltung und territoriale Entwicklung der OECD Mario Pezzini ihre Überlegungen mit.

Eröffnung der Debatte, „Öffnung der Büchse der Pandora“

Die Auswirkungen der Globalisierung auf, wie wir jetzt wissen, die anfälligen Finanzmärkte, den Klimawandel und die demografischen Tendenzen – all dies unterstreicht die Notwendigkeit einer Anpassung an die Situation in den verschiedenen Regionen der EU.

Die Abgeordneten, die im Hauptsaal des Konferenzgebäudes zusammengelassen waren, hörten eine recht eindeutige Bewertung darüber, was vermieden werden und was territoriale Kohäsion nicht sein sollte: Die Mittel sollten nicht als Entschädigung betrachtet werden, als Wiedergutmachung für Schäden, die durch eine schlecht durchdachte sektorale Politik entstanden sind. „**Jede Phase des politischen Entscheidungsprozesses auf sektoraler Ebene muss die territoriale Ebene mit einbeziehen, oder wir werden unsere Zeit verschwenden**“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses der Regionen Michel Delebarre, der den Ausschuss als einen Adamanten bezeichnete und erklärte, dass die territoriale Kohäsion kein Toolkit sein dürfe, das die Schäden repariere, die durch Probleme bei der Umsetzung anderer politischer Maßnahmen verursacht worden seien.

Die Redner hatten verschiedene Vorstellungen darüber, was Kohäsion beinhalten sollte und wie deren Ziele erreicht werden könnten, doch waren sich alle einig, dass die Debatte komplex, aber notwendig sei und sie Antworten auf eine Vielzahl von Fragen finden müsse wie: Territoriale Kohäsion, ja oder nein? Was und für wen soll finanziert werden? Integrierte oder sektorale politische Maßnahmen? Welche Rolle spielt die Mehrebenenverwaltung? Wo kann die territoriale Kohäsion in andere politische Bereiche eingebunden werden? Jan Olbrycht, Mitglied des REGI-Ausschusses des Europäischen Parlaments, der die Einleitung einer solchen Debatte mit der Öffnung der Büchse der Pandora verglich, machte deutlich, dass das Thema offen gelegt und geklärt werden müsse, auch wenn es noch so kontrovers sei. „Die Debatte war für den Staatsaufbau von großem Nutzen und stellt in den neueren Mitgliedstaaten einen Lernprozess für Good Governance dar“, so Olbrycht.



Kohäsion und die Gemeinsame Agrarpolitik

Die Hälfte Europas besteht vorwiegend aus ländlichen Gebieten, in denen etwa 20 % der Bevölkerung leben: Mittel- und Osteuropa zeichnen sich durch einen höheren Anteil an ländlichen Gebieten aus, die gleichzeitig zwei Herausforderungen gegenüberstehen: Migration und Modernisierung. Die Art und Weise, wie die ländlichen Gebiete genutzt werden, verändert sich, und ihre Funktion unterscheidet sich – oftmals aufgrund der Geografie oder der nationalen Politik – von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. **Jedoch trifft auf die gesamte EU gleichermaßen zu, dass die ländlichen Gebiete die größten Unterschiede in Bezug auf das Pro-Kopf-BIP aufweisen.**

Den Prognosen der Kommission zufolge werden bis 2014 in der Landwirtschaft fünf Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen sollte jedoch nicht systematisch gesagt werden, dass die ländlichen Gebiete im Niedergang begriffen sind.

Ein Beispiel für die Diskussionsthemen der Konferenz:

- Die GAP hat unbestreitbar eine territoriale Dimension, insbesondere, wenn man den Status der benachteiligten Gebiete, die agrar- und umweltpolitischen Maßnahmen, LEADER und die verschiedenen Produktionsformen, die eng mit den geografischen Gegebenheiten verbunden sind, betrachtet.

Fragen in diesem Zusammenhang: Sollte demzufolge die territoriale Dimension der GAP verstärkt werden? Sollte die GAP zur Kohäsion beitragen? Sollten sich die politischen Entscheidungsträger an territorialen Impactstudien orientieren?

- Ländliche Gebiete stehen zahlreichen Herausforderungen gegenüber, von denen einige im Mittelpunkt der GAP und der Kohäsionspolitik stehen. Die Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten sind wahrscheinlich teilweise auf die unklare Aufteilung der Ziele und Aufgaben zwischen der Kohäsionspolitik und der ländlichen Entwicklungspolitik zurückzuführen.

Fragen in diesem Zusammenhang: Sollten die Maßnahmen der Kohäsionspolitik, die zur Entwicklung der ländlichen Gebiete beitragen, bewertet werden? Sollte es nur eine einzige europäische Politik geben, die sich mit ländlichen Fragen befasst? Sollte die Verwaltung von Regionalfonds neu bewertet werden? Wie kann eine sektorübergreifende Verwaltung bzw. eine Mehrebenenverwaltung sichergestellt werden?



Nachhaltige Entwicklung

Eine der größten Herausforderungen, die Europa heute annehmen muss, ist die Einführung eines Wirtschaftssystems, das Wettbewerbsfähigkeit, Kohlenstoffreduzierung und Energiesicherheit miteinander vereinbart. Die Förderung der erneuerbaren Energien bedeutet einen maßgeblichen Wechsel von einer relativ kleinen zu einer Massenproduktion. Die Herausforderung der Kohäsionspolitik liegt darin, die Ziele der Lissabon-Strategie, in deren Mittelpunkt Wachstum und Beschäftigung liegen, mit den Zielen der Göteborg-Strategie, die ihr Hauptaugenmerk auf die nachhaltige Entwicklung legt, in Einklang zu bringen.

Das Emissionshandelssystem, die Förderung der erneuerbaren Energien, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie die Techniken zur Abscheidung und Lagerung von CO₂ werden alle zur Kontrolle der Gasemissionen beitragen. **Die Mitgliedstaaten wünschen, dass bei der Definition der Ziele, die von ihnen gefordert wird, territoriale Faktoren auf nationaler Ebene mit in Betracht gezogen werden.**

Es besteht kein Zweifel, dass der Klimawandel und die Auswirkungen dieses Klimawandels sich von Region zu Region unterscheiden werden, wobei die Fähigkeiten der Regionen, auf diese Veränderungen zu reagieren, von ihrer Geografie und den strategischen und historischen Entscheidungen in den Bereichen Raumplanung, Energiepolitik und wirtschaftliche Entwicklung abhängen wird.

Fragen in diesem Zusammenhang:

- Warum sollten die Vielfalt und das Potenzial der Regionen als wichtige Voraussetzungen für die Bekämpfung des Klimawandels betrachtet werden?
- Ist das Eingreifen der öffentlichen Behörden auf gemeinschaftlicher, nationaler und lokaler Ebene bei der Bekämpfung des Klimawandels von entscheidender Bedeutung?
- Inwieweit hängt der Erfolg der territorialen Strategien für nachhaltige Entwicklung von der Berücksichtigung der Göteborg- und der Lissabon-Strategie ab?



Territoriale Kohäsion und Governance

Panorama nahm am Workshop zum Thema Governance teil, bei dem eines der Schlüsselthemen die Schwierigkeit einer Definition von „territorial“ war: Verwaltungsgebiet als Einheiten einer Regierung oder das Land selbst? Wenn das Land selbst, dann einschließlich der Menschen, die dort leben oder nicht? Governance hat in den verschiedenen Mitgliedstaaten auch unterschiedliche Bedeutungen. „Warum gibt es kein Studienfach „Governance“?“, fragte der Franzose Jean Marie Beaupuy, MEP.

Ein weiteres Diskussionsthema war die Zusammenarbeit, sowohl zwischen den verschiedenen Regierungsebenen als auch zwischen den Gebieten. Jean Marie Beaupuy zufolge ist Governance am besten, wenn sie sowohl die obligatorische institutionelle Governance als auch die auf Partnerschaften basierende Governance mit ihren freiwilligen Organisationen, die bei der Deckung der Bedürfnisse der Bürger über die Anforderungen der Verwaltung hinausgehen, mit einbezieht. „Bei dieser Art von Zusammenarbeit kann das Thema festgelegt, das Problem diagnostiziert, ein Aktionsplan angenommen, und schließlich gehandelt werden“, so Beaupuy. Die größte Schwierigkeit sei nicht das erforderliche Bargeld, sondern die menschliche Natur. „Die Menschen müssen begreifen, dass Kompetenzaufteilung keine Bedrohung darstellt.“

Die wahrgenommene Bedrohung der Grenzregionen, die zusammenarbeitende, interaktive Gruppen errichten, hält einige

Mitgliedstaaten zurück. Doch konnten die Teilnehmer der Konferenz erfahren, wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Regionen in Form von Europäischen Verbänden für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) einen langen Weg gehen kann, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Peter Udvardi, Direktor von Ister-Granum, einem der ersten EVTZ der EU, erklärte, dass die beteiligten ungarischen und slowakischen Regionen die Chance ergriffen hätten, einen EVTZ zu gründen. „Die Regionen hatten sich zurückgehalten, weil es keine gemeinsamen Institutionen gab“. Ihr Beirat setzt sich aus Vertretern der drei größten Unternehmen, die in der Region zu den wichtigsten Arbeitgebern gehören, Vertretern dreier Industrie- und Handelskammern und vier Mitgliedern des regionalen Parlaments der NRO zusammen. Die Zusammenarbeit deckt die Bereiche Logistik, Rundfunk, Industrie, Gesundheitsversorgung, für die sie ein regionales System eingerichtet haben, und Fremdenverkehr mit Themenrouten, die sich ihren Weg durch die Regionen bahnen, ab.

In Bezug auf die Ostseestrategie der EU fasst **Colin Wolfe, Leiter des Referats Territoriale Zusammenarbeit der GD Regio**, das Gefühl auf der Bühne so zusammen: „Bei der Kohäsion geht es um die Überwindung von Entfernung, Teilung und Ungleichheit.“

Fragen in diesem Zusammenhang:

- Sollte es einen Ministerrat für territoriale Entwicklung auf europäischer Ebene geben?
- Wie sollte die Kohärenz der politischen Maßnahmen der EU mit territorialen Auswirkungen gefördert werden, um auf nationaler und regionaler Ebene die nachhaltige Entwicklung zu unterstützen?
- Wie können transeuropäische Zusammenarbeitsformen gestärkt werden, um den Vernetzungsgrad zu erhöhen und die territoriale Integration zu erleichtern?



Wie fügt sich die territoriale Kohäsion in den Lissabon-Prozess ein?

Der vierte Kohäsionsbericht zeigte, dass die Gefahr eines territorialen Ungleichgewichts, das sich durch die Konzentration von Wachstum, Innovation und Produktion in den dynamischsten Regionen der Union ergibt, immer größer wird. Dies zeigt die Notwendigkeit auf, die Auswirkungen der Lissabon-Strategie auf die verschiedenen Regionen und deren Potenzial zur Ausnutzung der Strategie zu berücksichtigen.

Die meisten sind sich einig, dass bezüglich der territorialen Vielfalt ein stärkeres Bewusstsein geschaffen werden muss und dass die Maßstäbe, an denen die Regionen bei der Festlegung der Ziele und

der Umsetzung der Lissabon-Strategie gemessen und definiert werden, näher betrachtet werden müssen.

Territoriale Zusammenarbeit beschleunigt die Verbreitung und Übertragung bewährter Praktiken, wobei die Kohäsionspolitik insgesamt betrachtet, mit ihren Zielen und Instrumenten, die Lissabon-Strategie weitgehend unterstützt.

Fragen in diesem Zusammenhang:

- Wenn eine ausgewogene Verteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten die Essenz der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion ist, welche Rolle spielen die öffentlichen Behörden, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die Möglichkeiten zur optimalen Nutzung des Potenzials aller europäischen Regionen voll ausgeschöpft werden?
- Kann die territoriale Kohäsion der EU helfen, ihre Wachstums- und Beschäftigungsziele zu erreichen?
- Welche Innovationspolitik ist erforderlich, um eine technologische Trennung zwischen Regionen mit Potenzial und Regionen, die weniger fortgeschritten sind, zu vermeiden?
- Sind Sie der Ansicht, dass maßgeschneiderte regionale Innovationsstrategien, die auf einer spezifischen Diagnose der Stärken und Schwächen basieren, sowie auf lokalen Partnerschaften, für die Regionalpolitik Standard werden sollten?

Welchen Weg gehen wir von hier aus weiter?

Bei der Abschlussveranstaltung wurden mehr Fragen gestellt als Antworten gegeben, mehr Probleme aufgeworfen als Lösungen gefunden, jedoch waren die Fragen zielgerichteter und die Themen deutlicher abgesteckt. Der einleitende Kommentar der stellvertretenden Generaldirektorin der GD REGIO Katarina Mathernova am Tag zuvor, dass „das Konzept der **territorialen Kohäsion schwierig zu fassen ist, sich aber immer mehr mit Inhalt füllt**“, schien untermauert zu sein.

Auch wenn der Lissabon-Vertrag, in dem die „territoriale Kohäsion“ verankert ist, noch nicht ratifiziert ist, machten die Teilnehmer der Konferenz deutlich, dass es dem Thema keineswegs an Meinungen und Anliegen mangelt: Inwieweit wird die territoriale Zusammenarbeit an den Kompetenzen der Mitgliedstaaten nagen? Wenn die territoriale Kohäsion und eine Anerkennung der typischen Merkmale der Regionen bei der Politikplanung auf allen Ebenen berücksichtigt werden sollten, wie kann dies verwirklicht werden? „Ortsbezogen“, „bessere Indikatoren“, „eine nähere Betrachtung der geografischen Zusammenhänge“, „die Fonds dürfen nicht als Erste-Hilfe-Maßnahmen betrachtet werden“, „Zusammenarbeit und Wettbewerb Hand in Hand“: Es besteht kein Zweifel, dass das Thema noch im Mittelpunkt vieler Debatten stehen wird. Die Veröffentlichung des Grünbuchs der Kommission und die diesbezügliche öffentliche Konsultation kommen zur rechten Zeit.



Grenzen sind kein Hindernis für territorialen Zusammenhalt.

Aber wo stehen wir jetzt? Andreas Faludi, Professor für Raumpolitikssysteme an der Technischen Universität Delft, macht darauf aufmerksam, dass jetzt nicht die Zeit sei, Leitlinien und Vorschriften zu formulieren. Die „pragmatische Politikplanung“ müsse fortgeführt werden, wobei transnationale und subnationale Gutachtergremien die Auswirkungen systematisch bewerten sollten und die Kohäsionspolitik auf allen Ebenen energisch weiterverfolgt werden müsse.

Die Definition des Wortes „Gebiet“ bzw. „Territorium“ ist kein einfaches Unterfangen: Der Begriff ist einerseits mit der Vorstellung von Nationalstaaten verbunden (Länder sind ohne Territorium keine Länder) – auf der anderen Seite entstehen Territorien nun als Produkte der menschlichen Intentionen. „Zwischen den beiden Konzepten besteht ein Konflikt“, erklärt Faludi. Es sei für die Mitgliedstaaten sehr schwierig, ihre Kompetenzen an transnationale Verbünde zu übertragen.

Während die Mitgliedstaaten sich nur schwer vorstellen können, dass eine Zusammenarbeit zwischen zwei Regionen die Wettbewerbsfähigkeit und das Leben ihrer Bürger verbessern kann, besteht für die Politiker, die davon bereits überzeugt sind, das Problem darin, wie die Auswirkungen vor Ort bewertet werden können. Der am häufigsten verwendete Indikator, das BIP, ist nicht in der Lage, die Situation detailliert genug wiederzugeben. Katarina Mathernova erklärt dazu, dass Indikatoren normative und deskriptive Funktionen haben könnten. In der ersten Kategorie ist und bleibt das BIP ein zentraler Indikator, weil es sehr solide ist. In der zweiten Kategorie arbeitet die Kommission mit Eurostat daran, das Verständnis für die Dynamik zu verbessern.

Doch egal, wofür sie sich entscheiden, nicht jeder wird damit zufrieden sein. „Indikatoren sind ein wirkliches Problem, denn jeder Mitgliedstaat versucht auszurechnen, was für ihn dabei herauskommt“, meint Faludi.

EU-Kommissarin Hübner bemerkt in diesem Zusammenhang: „Es gibt einerseits einen Binnenmarkt mit Strukturen für Wettbewerbsfähigkeit und den stabilen makroökonomischen Rahmen der Eurozone. Und andererseits die Kohäsionspolitik, die für sozioökonomische Harmonie eintritt und an Solidarität festhält. **Wir brauchen diese eine Kohäsionspolitik, die für alle Gesellschaften, Gebiete und Regionen verantwortlich ist. Eine Währung, ein Markt, eine Kohäsionspolitik.**“



Die Kreditkrise wirft ihre Schatten

Niemand hätte bei der Planung der Konferenz auch nur im geringsten das derzeit herrschende Chaos auf den Finanzmärkten vorausahnen können, das nun Tausende von Innovationsprojekten in Europa gefährden und dramatische Auswirkungen auf die Beschäftigungslage und die Geschäftswelt haben könnte.

Michael Ralph, Sprecher des für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit zuständigen EU-Kommissars Vladimír Špidla, brachte die Befürchtung zum Ausdruck, dass die Krise die Errungenschaften der Lissabon-Strategie in Zweifel ziehen könnte. „Der Sozialfonds kann und muss dazu verwendet werden, unsere Arbeiter und Unternehmen zu animieren, denn das ist für das zukünftige Wachstum von wesentlicher Bedeutung. **Wir dürfen nie vergessen, dass es in einer Rezession die Schwächsten unter uns sind, die am meisten leiden.**“

Der Präsident der Vereinigung der französischen Regionen Alain Rousset sprach bei der Vorkonferenz, dem Kick-off-Meeting mit der Presse, die Gefahr eines Teufelskreises an. Alain Rousset forderte eine kurzfristige Finanzierung, damit die Unternehmen und Forschungsinstitute in der EU das nächste Jahr oder die nächsten zwei Jahre überstehen. „Unsere Aufgabe muss es jetzt sein, die Auswirkungen und die Dauer der Finanzkrise so gering wie möglich zu halten. Es besteht die Gefahr, dass wir Kreditinvestitionen bremsen, weil aufgrund versiegender Kredite die Innovationsaktivitäten nachlassen.“ Er fürchtet, dass die Banken nicht handeln werden, wenn die öffentlichen Kredite nicht hoch genug sind.

Die Abgeordneten der Kommission versicherten auf der Konferenz, dass finanzielle Maßnahmen ergriffen worden seien, um die Situation der Mitgliedstaaten zu erleichtern.

Und die Meinung der Zuhörer?



„Eine sehr gut organisierte und interessante Konferenz mit dynamischen Beiträgen der Redner. Obwohl die Schlüsselpunkte jetzt klarer sind, wäre es interessant gewesen, die Meinung derjenigen zu hören, die mit der Vorstellung von Kohäsion und ihrer territorialen Dimension nicht einverstanden sind. Die Debatte sollte vertieft werden.“

Concha Játiva Sevilla – zuständig für Regionalpolitik im Generaldirektorat für Wirtschaft der Provinzregierung von Valencia

Was bedeutet „Gebiet“ bzw. „Territorium“ für Sie?

IT

Territorio – regiertes Land mit Grenzen

DE

Gebiet – Raum

Territorium – Land und die Menschen, die darin leben

FI

Alue – Gebiet

FR

Territoire – Land und die Menschen, die darin leben

EN

Territory – Landbesitz; was jemand besitzt

Terrain – ein Stück Land, das sich insbesondere durch bestimmte physische Merkmale auszeichnet

EL

Έδαφος – Boden; ein Stück Land, Gebiet

REGIO Termine

Wann?	Was?	Wo?
5.-6. Februar 2009	Stakeholderkonferenz „EU-Strategie für den Ostseeraum“ http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/baltic/events_en.htm	Rostock (DE)
9.-13. Februar 2009	Die Generaldirektion Energie und Verkehr der Europäischen Kommission, die europäischen Institutionen und wichtige Akteure im Bereich nachhaltige Energie veranstalten gemeinsam die dritte Europäische Woche für nachhaltige Energie (EUSEW) http://www.fedarene.org/events/Fedarene_events/Eusew_2009/Eusew2009_events.htm	Brüssel und andere Städte in ganz Europa
Ende Februar	Ablauf der öffentlichen Konsultationsphase zum Grünbuch über die Zukunft der territorialen Kohäsion – Analyse der Konsultationsergebnisse, die im letzten Frühjahr herauskommen sollten	
21.-24. Juni 2009	ISPIM-Konferenz – Die Zukunft der Innovation. Organisator: ISPIM, Gastgeber: Wirtschaftskammern Österreichs, Sponsoren: DANUBE – Europäische Programme für Bildung, Forschung und Technologische Entwicklung sowie Ratio Strategy & Innovation Consulting GmbH http://conference.ispim.org/	Wien (AT)
25.-29. August 2009	49. Jahreskongress der Europäischen Vereinigung für Regionalwissenschaften http://www.ersa.org/spip.php?rubrique2	Łódź (PL)

Verleihen Sie Ihrer Stimme Gehör

Der Konsultationsprozess zum Grünbuch über die territoriale Kohäsion wird Ende Februar abgeschlossen. Die Kommission ist an Ihrer Meinung zu diesem Thema sehr interessiert.

Die Internetseite, die sich mit dem Konsultationsprozess befasst, den Text des Grünbuchs vorstellt und Ihnen die Möglichkeit bietet, Ihrer Stimme Gehör zu verleihen, ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/index_de.htm

Unter:

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/consultation_en.htm

erfahren Sie, wie Sie Ihre Meinung einsenden können und an wen Sie sich wenden müssen, um weitere Informationen und relevante Hintergrunddokumente zu erhalten.

Die eingegangenen Beiträge werden im Internet veröffentlicht. Bitte lesen Sie auf dieser Internetseite auch die spezifischen Informationen zum Datenschutz, die Ihnen erläutern, wie wir mit Ihren persönlichen Daten und Beiträgen verfahren.

REGIO & Netzwerke

Die Zukunft der Ostseeregion

Die Kommission lädt Sie ein, auf der Internetseite der Strategie für die Ostseeregion zum Strategieentwurf beizutragen und Ihre Meinung zu sagen. Die diesbezügliche öffentliche Konsultationsphase lief von Anfang November bis Ende Dezember 2008. Die Beiträge werden im Internet veröffentlicht. Die Hauptziele der Strategie sind: nachhaltiger Umweltschutz, mehr Wohlstand, bessere Zugänglichkeit und höhere Attraktivität sowie Erhöhung der Sicherheit. Das Konsultationspapier fragt, wie die finanziellen Mittel am besten eingesetzt werden können, wie ein Gleichgewicht zwischen den Bedürfnissen der Umwelt und der Entwicklung einerseits und dem Wachstum der Region andererseits gefunden werden kann und welche Möglichkeiten es gibt, um die Nutzung der Ostsee vernünftiger zu organisieren. Die Antworten auf diese und andere Fragen erfordern einen möglichst positiven Input, da die Region mit ihren zahlreichen Anrainerstaaten – acht Mitgliedstaaten, Norwegen, Weißrussland und ein Teil der Russischen Föderation – eine einzigartige Komplexität aufweist. Die Strategie wird bis Juni 2009 fertig gestellt und in Form einer Mitteilung dem Rat vorgelegt. Gleichzeitig werden die Verwaltungsbehörden der Programme der europäischen Kohäsionspolitik in Schweden zusammenkommen, um die in der Strategie festgelegten Maßnahmen mit den finanziellen Mitteln, die durch die Kohäsionspolitik zur Verfügung gestellt werden, zu verknüpfen. Eine der nächsten Ausgaben von Panorama wird sich ausschließlich mit der Ostseeregion befassen. http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/baltic/consultation_en.htm

Eurostat Jahrbuch der Regionen

Die Ausgabe 2008 des Eurostat Jahrbuchs der Regionen bietet einen Überblick über die aktuellsten wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Entwicklungen in den 271 Regionen der 27 EU-Mitgliedstaaten sowie in den Regionen der drei Kandidatenländer (Kroatien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei) und der vier EFTA-Staaten (Island, Liechtenstein, Norwegen und Schweiz). Das Jahrbuch des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften enthält eine große Vielfalt an Informationen aus verschiedenen statistischen Bereichen sowie Kapitel zu den Themen Bevölkerung, Städtestatistik, Bruttoinlandsprodukt, Haushaltskonten, strukturelle Unternehmensstatistik, Arbeitsmarkt, Verkehr, Tourismus, Wissenschaft, Technologie und Innovation, Gesundheit, Landwirtschaft, Arbeitskosten und sektorale Produktivität. <http://ec.europa.eu/eurostat>

Konferenz „Netzwerke für Ergebnisse“ und die RegioStars-Preise 2009

Unter dem Titel „Netzwerke für Ergebnisse“ werden die Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission und andere Dienste der Kommission am 16. und 17. Februar 2009 in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen die jährlich stattfindende Konferenz der Initiative „Regionen für den wirtschaftlichen Wandel“ veranstalten. Ziel dieser Konferenz ist es, im Rahmen der Umsetzung der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung auf regionaler Ebene über 500 Teilnehmern in neun Workshops die Möglichkeit zu bieten, Netzwerke zu bilden und bewährte Praktiken auszutauschen. Die Regionen können, wenn sie über die europäische Regionalpolitik und deren Instrumente diskutieren, voneinander lernen und durch zentrale politische Maßnahmen und Programme bewährte Praktiken und Beispiele für Good Governance auf sich selbst übertragen. Anmeldung ab Anfang Dezember auf der Inforegio-Website.

Am Abend des 16. Februar wird die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Danuta Hübner die „RegioStars“- Preise 2009 überreichen, die darauf abzielen, bewährte Praktiken in der europäischen Regionalentwicklung ausfindig zu machen und zu verbreiten. http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/interregional/ecochange/index_en.cfm

Arbeiten für die Regionen – EU-Regionalpolitik 2007-2013



http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/presenta/working2008/work_de.pdf
Die Regionalpolitik der EU in den kommenden Jahren. Erhältlich in 22 Sprachen.

Kohäsionspolitik 2007-2013 Länderinformationsblätter



http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/informat/info_de.htm
Überblick über die nationalen Investitionsprioritäten, Mittelzuweisungen und erwarteten Auswirkungen der Kohäsionspolitik in den 27 Mitgliedstaaten.

Erhältlich auf Deutsch, Englisch und Französisch sowie in der bzw. den Sprachen des betreffenden Mitgliedsstaats.

Fünfter Zwischenbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt



Wachsende Regionen, wachsendes Europa
http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/interim5/com_2008_371_de.pdf
Erhältlich in 22 Sprachen.

Kohäsionspolitik 2007–2013 Erläuterungen und offizielle Texte



http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/pdf/2007/publications/guide2007_de.pdf
Jetzt in allen 22 Sprachen erhältlich.

Die vollständigen Texte von Gesetzen, Vorschlägen und offiziellen Dokumenten der EU sind jetzt online unter <http://eur-lex.europa.eu/de/index.htm> abrufbar.

Online

http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/recovery/

Die Finanzkrise – die Antwort der Europäischen Kohäsionspolitik. Die neue Rubrik auf der Inforegio-Website informiert Sie darüber, wie die Kohäsionspolitik zum Konjunkturprogramm der Europäischen Kommission beiträgt. Am 26. November stellte die Europäische Kommission als Antwort auf die anhaltende Wirtschaftskrise und die Abschwächung der europäischen Wirtschaft ein weitreichendes Konjunkturprogramm für Europa vor, zu dem die europäische Kohäsionspolitik wesentlich beiträgt. Eine Reihe legislativer und nichtlegislativer Maßnahmen wurden ergriffen, damit die Umsetzung des Projekts beschleunigt, neues Vertrauen in die europäische Wirtschaft geschaffen und ihr Dynamik verliehen wird.



http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/working/regions2020/index_de.htm

REGIONEN 2020: Der Bericht der Kommission über die künftigen Herausforderungen jetzt online

Der neue Bericht „Regionen 2020“ der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission bietet eine erste vorausschauende Analyse der möglichen regionalen Auswirkungen der vier größten Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht: Globalisierung, demografischer Wandel, Klimawechsel und Energieversorgung. Mithilfe einer Reihe von Indikatoren wurde in dem Bericht ein „Verwundbarkeitsindex“ erstellt, der angibt, inwieweit die europäischen Regionen für diese Kernpunkte anfällig sind. Außerdem prüft der Bericht die Disparitätsstrukturen, die infolge dieser Herausforderungen in der EU entstehen könnten. Die Ergebnisse werden in den Reflexionsprozess über die künftige europäische Kohäsionspolitik einfließen.



<http://www.interreg4c.eu/>

Das Programm INTERREG IVC zur Förderung der europäischen territorialen Zusammenarbeit zielt darauf ab, Regionen mit Erfahrungen und Regionen, die Know-how benötigen, zusammenzubringen und den Austausch von Wissen und bewährten Praktiken zu erleichtern. Die Internetseite bietet Informationen über Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen, Finanzhilfanträge und Kontaktstellen in Ihrer Nähe.



<http://lisbon.cor.europa.eu/lisbon-monitoring-platform.html>

Die Lissabon-Monitoring-Plattform ist eine Rubrik auf der Internetseite des Ausschusses der Regionen, die den Zusammenhang zwischen der Kohäsionspolitik und den in der Lissabon-Strategie verankerten Wachstums- und Beschäftigungszielen beleuchtet. Die Plattform ist in vielerlei Hinsicht von Nutzen. So soll unter anderem festgestellt werden, welchen Hindernissen lokale Behörden bei der Umsetzung der Strategie gegenüberstehen, und es soll diesen Behörden geholfen werden, tragbare Lösungen zu finden. Ein weiteres Ziel ist es, lokalen und regionalen Behörden für ihre Debatten auf nationaler Ebene eine argumentative Grundlage zu bieten und zu überwachen, wie die Regierungen auf regionaler und lokaler Ebene zu den nationalen Reformprogrammen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung beitragen. Allgemein bietet die Internetseite zahlreiche Analysen und richtungsweisende Informationen.



Für die öffentliche Konsultation benötigen wir Ihre Ideen

Diese Ausgabe analysiert das Grünbuch der Kommission über die Zukunft der territorialen Kohäsion. Vielleicht haben Sie noch nicht die Zeit gehabt, die Veröffentlichung zu lesen. In diesem Fall können Sie das Dokument im Internet abrufen und während der öffentlichen Konsultationsphase Ihrer Stimme Gehör verleihen. Bitte beachten Sie, dass die Konsultationsphase Ende Februar ausläuft. Bis dahin haben Sie die Möglichkeit, Ihren Ideen, Hoffnungen und Anliegen Ausdruck zu verleihen.

http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/terco/index_de.htm

Kontakte

Raphaël Goulet
Avenue de Tervuren 41, B-1040 Brüssel
Fax (32-2) 29-66003
E-Mail: regio-info@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm

ISSN 1608-3881

© Europäische Gemeinschaften, 2008
Die Wiedergabe mit Quellenangabe ist gestattet.

Gedruckt in Belgien

AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN
L-2985 Luxemburg



Amt für Veröffentlichungen

Publications.europa.eu